

Abjluß der Londoner Stillehaltkonferenz.

(London. Die Londoner Stillehaltkonferenz hat gestern ihre Arbeiten abgeschlossen. In dem Communiqué heißt es u. a.: Aus den der Konferenz unterbreiteten Statistiken geht hervor, daß in einigen Ländern den Gläubigern noch geringfügige Beträge von Verzugszinsen auf solche Durchführung der am 15. März begonnenen Räumung zuteilen. Im Einvernehmen mit den deutschen Delegierten wurden Abmachungen getroffen, welche die vollständige Durchführung dieser Räumungen gewährleisten.

Es wurde beschlossen, die Grörterungen über weitere Räumungen auf die nächste Tagung, die am 1. Oktober stattfindet, zu verschieben.

Außer der offiziellen Tagesordnung wurde die Frage der Binsätze für die deutschen Kredite erörtert. Es wurde beschlossen, daß die Delegierten ihren Bankkomitees in den einzelnen Ländern für deutsche Kredite die Anwendung einer niedrigeren Binsatzablenkung vorschlagen sollen.

Die Berichte über Umwandlung kurzfristiger Schulden in langfristige Anlagen gemäß den Bestimmungen des Abkommens ergaben, daß in dieser Richtung beträchtlicher Fortschritt zu verzeichnen ist.

Politische Tagesübersicht.

Zeitungsverbot in Frankfurt a. M. Das sozialdemokratische Frankfurter Parteiorgan, die „Volksstimme“, ist vom Oberpräsidenten von Hessen-Nassau auf die Dauer von 5 Tagen verboten worden. Das Verbot stützt sich auf einen Artikel der „Volksstimme“, „Nationale Würdelosigkeit in Lausanne“, in dem eine Verächtlichmachung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten erblickt wird.

Der englische Sonderzug auf die irische Einfuhr. Mit 284 gegen 99 Stimmen bestätigte das Unterhaus die Montag-Nacht angenommene Entschließung, in der die Regierung zur Erhebung einer Sonderabgabe auf irische Einfuhr ermächtigt wird. Der Gesetzentwurf, den der Staatssekretär für die Dominions, Thomas, vorlegte, wurde in erster Lesung angenommen.

Der anhaltische Landtag für Aufhebung der letzten Reichsnotverordnung. Der anhaltische Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung einen sozialdemokratischen Antrag an, durch den die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsregierung wegen sofortiger Aufhebung der letzten Notverordnung vorzutreten.

Der Remonstrant vor dem Saager Gerichtshof. Der Internationale Gerichtshof wird die Verhandlungen im Remonstrant am kommenden Montag wieder aufnehmen.

Der internationale Elektrizitätskongress in Paris eröffnet. Unter Vorsitz des Präsidenten der Republik wurde gestern nachmittag der internationale Elektrizitätskongress eröffnet, an dem eine starke deutsche Delegation unter Führung von Professor Oskar von Miller-München teilnimmt.

Erhöhung der indirekten Steuern im Saargebiet. Die vom Plenum des Landesrates einstimmig abgelehnte Verordnung der Regierungskommission über eine Erhöhung der indirekten Steuern ist noch am gleichen Tage von der Regierungskommission mit Wirkung vom 6. Juli ab in Kraft gesetzt worden. Die Steuererläge erhöhen sich bei Branntwein um 20 und 25 Prozent, bei Bier um 50 Prozent, bei Kolonialwaren, Wein, Tabakerzeugnissen um 100 Prozent.

Amtrittsritt des neuen japanischen Außenministers. Der neue japanische Außenminister Graf Ushida hat heute sein Amt angetreten. Er hat diese Stellung schon in drei früheren Kabinetten bekleidet und auch in der Zwischenzeit eine Reihe außenpolitischer Missionen, unter anderem die Unterzeichnung des Kelloggpaktes, übernommen.

In Bombay wurden gestern bei Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern 60 Personen verletzt, eine getötet.

Einweihung des Reichskolonial-Ehrenmals in Bremen.

(Bremen. (Funkspruch.) Heute früh um 11 Uhr fand hier in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Reichsbehörden, des Heeres, der Marine, ehemaliger Staatssekretäre und Gouverneure sowie früherer Schütztruppen-Kommandeure die Einweihung des Reichskolonial-Ehrenmals statt. Der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, Graf von Helldorf, verlas folgende Rundrede des Reichspräsidenten:

„Am heutigen Tage, an dem in Bremen das deutsche Kolonial-Ehrenmal für die im Weltkriege gefallenen Kolonialkrieger eingeweiht wird, neige ich mich in Ehrfurcht vor dem Andenken unserer deutschen Brüder, die im Weltkriege in den deutschen Schutzgebieten auf verwinkelten Pfosten kämpften, ihre Träne zum Vaterlande mit dem Tod befestigt haben. Möge auch ihr Beispiel uns stets eine Mahnung sein, den Geist, der Deutschland in seinem großen Verteidigungskampf für Ehre und Leben befeuert hat, auch in Zukunft wach zu halten! Allen Teilnehmern an der Feier, der ich einen guten Verlauf wünsche, sende ich herzlichste Grüße und den Ausdruck treuen Gedenkens!“

Die Außerkraftsetzung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

(Berlin. In unterrichteten Kreisen wird betont, daß es sich bei der Lösung von dem jetzigen deutsch-schwedischen Handelsvertrag nicht um eine einseitige Kündigung, sondern um eine gütliche Vereinbarung handelt, die von beiden Seiten getragen wird. Der Vertrag stammt aus dem Jahre 1926 und ist deshalb in einer Reihe von Positionen überholt. Kündigung war der Vertrag halbjährlich zum ersten Male zum 1. Januar 1932. Bezeichnenderweise ist aber vereinbart worden, daß die Kündigung sich auf den 15. Febr. beziehen soll. Das hat seinen Grund darin, daß im Januar der schwedische Reichstag zusammentritt und daß man hofft, bis dahin bereits einen neuen Vertrag vorlegen zu können, so daß weder jetzt noch für später mit einem Zollkrieg zu rechnen ist. Die Lösung von dem Vertrag geht auf das Vordringen der Land- und forstwirtschaftlichen Kreise in beiden Ländern zurück.

Neue Umfuzbewegung in Chile?

(Buenos Aires. Trotz strengster Zensur und eines Dementis fidert aus Chile die Nachricht durch, daß in der gestrigen Nacht 28 Kommunisten bei einem Überfall auf Polizeibarracken durch Maschinengewehrfire getötet worden sind. Private telefonische Mitteilungen degen, daß die Regierung Davalos kündigt an Nacht verliere und ein neuer Umfuz jederzeit zu erwarten sei. Die Junta habe einen großen Teil der Truppen in der Nähe von Santiago zusammengezogen, da der Ausbruch eines kommunistischen Aufstandes drohe.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 6. Juli.

Das Haus setzte am Dienstag die zweite Beratung der wichtigsten Etatkapitel fort und nahm zunächst durch den Abg. Günther (Wirtschp.) den Bericht des Haushaltsausschusses zu den Kapiteln „Ministerium des Innern“, „Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gefangenenanstalten“ und „Oberverwaltungsgericht“ entgegen.

In der Aussprache brachte Abg. Ne u (Soz.) zum Ausdruck, daß seine Partei die Justizkapitel ablehne. Der Redner warf u. a. dem Justizminister vor, daß er die politischen Dinge allzu formal-juristisch ansehe. — Abg. Sch e f f l e r (Rom.) erklärte, daß auch seine Partei die Kapitel ablehne. — Abg. Dr. W e b e r (Dnat.) wandte sich gegen die durch die Gefängnisarbeiten hervorgerufene Schädigung der Privatwirtschaft. — Abg. Dr. R a f f e r (Staatsp.) ersuchte den Justizminister, auf alle Vorfälle zu achten, die das Vertrauen zur Justiz zu erschüttern geeignet seien. Jede Art von Generalamnestie sei abzulehnen.

Justizminister Dr. M a n n s f e l d führte aus, daß die Gefangenearbeit ein schwer zu lösendes Problem sei, da einerseits die Gefangenen arbeiten sollten, andererseits die Konkurrenz der Privatwirtschaft vermieden werden müsse. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Ne u betonte der Minister, daß er nie gegen die Unabhängigkeit der Richter gehandelt habe. Wo milde Urteile gegen Nationalsozialisten ergangen seien, hätten eben die Geleite keine andere Handhabe geboten. Bei dem erhobenen Vorwurf der „Mordhege“ in nationalsozialistischen Blättern hätte festgestellt werden müssen, ob wirklich Mordhege vorliege oder ob nicht vielmehr Zukunftsbilder hätten entworfen werden sollen. (Bei diesen Worten des Ministers erhob sich auf den Bänken der Linken großer Lärm.) Was das von einigen Abgeordneten bemängelte Schnellverfahren angeht, so komme dieses infolge der neuen Reichsnotverordnung nur noch in Fällen geringerer Bedeutung zur Anwendung, da alle wichtigeren Sachen vom Landgericht behandelt würden.

Der Minister wandte sich weiter gegen die vorliegenden kommunistischen Amnestieanträge und sprach sich demgegenüber für die Einzelbegnadigung aus.

Abg. Dr. W a l l n e r (Volksp.) kritisierte die Ausführungen des Ministers.

Nachdem noch Justizminister Dr. M a n n s f e l d Angriffe des Vorredners zurückgewiesen hatte, kam es zur Abstimmung. Das Kapitel „Ministerium der Justiz“ wurde unter Ablehnung der Minderheitsanträge angenommen. Das Kapitel „Gerichte, Staatsanwaltschaften, Gefangenenanstalten“, fand gleichfalls unter Ablehnung der Minderheitsanträge in der Fassung und mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen Annahme. Das Kapitel „Oberverwaltungsgericht“ wurde nach der Vorlage verabschiedet. Hierzu wurde noch ein sozialdemokratischer Entschließungsantrag angenommen, demzufolge die mündliche Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht im früheren Umfang wiederhergestellt wird. Die Amnestieanträge wurden sämtlich abgelehnt.

Abg. L i e b m a n n (Soz.) berichtete über die Anträge des Rechtsausschusses zum Etatkapitel „Polizei“. Hierzu lagen zwei Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Amtsenthebung des stellvertretenden Polizeipräsidenten Schubert in Chemnitz bzw. über die angeblichen nationalsozialistischen Leberfälle in Limbach-Kuhdorf am 25. Juni dieses Jahres vor. Abg. R a d e n (Dnat.) lehnte die Anträge ab und sprach sich gegen Höherziehungen des Polizeietats aus. — Abg. L i e b m a n n (Soz.) griff den Justizminister an, der die „Mordhege“ der Nationalsozialisten zu decken suche. Alle Unruhen seien auf die Aufhebung des SA-Ber-

betes zurückzuführen. Die sozialdemokratische Fraktion lehne den Polizeietat ab. Während der Ausführungen des Redners kam es zu erregten Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten. Der Lärm steigerte sich, als Abg. Dr. B e n n e f e (Natf.) die Polizei gegen Angriffe der Linken in Schutz nahm.

Innenminister R i c h t e r führte aus, daß für die Aufhebung des SA-Verbotes die Reichsregierung allein die Verantwortung trage. Ein Vorgehen der Sächsischen Regierung könne gar nicht in Frage kommen. Die Regierung werde sich vor allem den Schutz der friedliebenden Bevölkerung angelegen sein lassen. In allen Fällen, in denen einwandfrei Verfehlungen von Polizeibeamten festgestellt worden seien, habe die Regierung das Dienststrafverfahren eingeleitet, in allen übrigen Fällen müsse sie sich ihre Stellungnahme vorbehalten, zumal auch der Untersuchungsausschuss des Landtages noch zu keinem Ergebnis gekommen sei. Der Minister ging dann auf einige Einzelfälle ein, in denen die Regierung gegen Polizeibeamte eingeschritten sei.

An der Aussprache beteiligten sich weiter die Abgeordneten S i n d e r m a n n (Rom.), S c h r e i b e r (Nf.) und L a s s e (Volksp.).

Das Kapitel „Polizei“ wurde schließlich angenommen. Von den hierzu vorliegenden Minderheitsanträgen fand lediglich ein sozialdemokratischer Antrag auf Abschaffung des Seitengewehrs bei der Polizei Annahme.

Es folgte jetzt die Aussprache über die Etatkapitel „Heil- und Pflegeanstalten“, „Landesgesundheitsamt“, „Medizinalewesen“, „Anstalten der öffentlichen Gesundheitspflege“, „Erziehungsanstalten“, „Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege“ sowie über einen sozialdemokratischen Antrag betr. die Forderungen der Kriegsoffiziere.

Es fand dann die Abstimmung statt. Es wurden abgelehnt die Kapitel „Klinische Anstalten“, „Heil- und Pflegeanstalten“ und „Erziehungsanstalten“. Annahmen wurden die Kapitel „Landesgesundheitsamt“, „Medizinalewesen“ und „Anstalten der öffentlichen Gesundheitspflege“. Witten in der Abstimmung über das Kapitel „Landesfürsorgeverband und Wohlfahrtspflege“ wurde die Beschlusfähigkeit des Hauses festgestellt, worauf Präsident Wedel die Sitzung abbrach. Die Abstimmungen über die übrigen, auf der Tagesordnung stehenden Kapitel sollen in der Mittwochssitzung stattfinden.

Der Haushaltsausschuss A des Landtages hielt am Dienstag seine Schlusssitzung ab, in der die Beratung des Kapitels „Steuern“ zum Abjluß gebracht und nach der Vorlage genehmigt wurde. Es wurde u. a. beschlossen, die Regierung zu beauftragen, von einer abermaligen Erhöhung der Schatzsteuer unter allen Umständen abzusehen. Ein wesentlicher Teil der dem Lastenausgleichsstock zugeführten Mittel soll künftig wieder schließelmäßig verteilt werden. Das Innenministerium erhielt die Anweisung, durch geeignete Maßnahmen die Benachteiligung der Arbeiterwohngebiete bei der Erstattung des Ausfalls aus der Realsteuerentlastung nach Möglichkeit zu beseitigen. Beim Fremdenheimgewerbe sollen in besonders nachgewiesenen Fällen rückständige Steuerbeiträge herabgesetzt oder ganz erlassen werden. Endlich soll die Verordnung der Regierung, nach der die Inhaber von Fremdenheimen und Hotels die Mietzinssteuer nur nach dem Nutzungswert der tatsächlich vermieteten Betten zu entrichten haben, sinngemäß auch auf das Saalinhaber- und Gastwirtsgerwe angewendet werden.

In der gemeinschaftlichen Schlusssitzung der Haushaltsausschüsse A und B wurden nach den Vorschlägen der Berichtserfasser das Etatkapitel „Rücklagen“ und das Etatgele — letzteres bei Stimmhaltung der sozialdemokratischen Vertreter — nach kurzer Aussprache angenommen.

Bertagung der Abrüstungskonferenz in Genf.

Hauptansicht am Donnerstag.

(Genf. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson hat in der gestrigen Sitzung des Büros der Konferenz vorgeschlagen, den Hauptansicht am Donnerstag einzuberufen, um den Staaten, die sich bisher noch nicht zum Hoovervorschlag geäußert haben, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Vorbereitung eines Entschließungsentwurfs.

(Genf. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat gestern die Dispositionen für den weiteren Verlauf der Konferenz besprochen. An der Sitzung nahmen u. a. teil Sir John Simon, Paul Boncour, Gibson, Radoway und Vitvinnov. Es wurde beschlossen, daß der erste Tagungsabschnitt der Konferenz mit der Annahme einer Entschließung beendet werden soll. In dieser Entschließung sollen diejenigen Abrüstungsmaßnahmen, über die die Konferenz sich bereits einig ist, oder über die in der nächsten Zeit eventuell noch eine Übereinstimmung erzielt wird, aufgeführt werden. Weiter soll in dieser Entschließung zum Hoovervorschlag in der Weise Stellung genommen werden, daß die amerikanischen Vorschläge von der Konferenz aus wärmte begrüßt und ihre große Bedeutung für die künftige Arbeit der Konferenz betont wird.

Mit der Ausarbeitung des Entschließungsentwurfes ist der englische Außenminister Sir John Simon beauftragt worden. Er hat Vizepräsident Radoway ausdrücklich eingeladen, sich an der Ausarbeitung des Entschließungsentwurfes zu beteiligen. Der Hauptansicht wird zu Beginn der kommenden Woche zusammentreten, um zu dem Resolutionsentwurf Stellung zu nehmen.

Es ist nunmehr so gut wie sicher, daß die Abrüstungskonferenz mit der Annahme der in Vorbereitung befindlichen Entschließung die Arbeiten ihres ersten Tagungsabschnittes im Juli vorläufig abschließen und sich auf den November vertagen wird.

Die Zugehörigkeit von Beamten zu politischen Parteien.

(Berlin. Der Beamtenausschuss des Breukischen Landtages hatte sich am Dienstag mit Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten zu beschäftigen, die sich auf die Zugehörigkeit von Beamten zu diesen beiden Parteien beziehen. Ein Realisationsvertreter teilte mit, daß dem Staatsministerium bereits ein Entwurf für einen Änderungsvertrag vorgelegt worden sei. Das Staatsministerium habe aber von diesem Entwurf noch keine Kenntnis

Sor der Bertagung der Abrüstungskonferenz.

Genf. (Funkspruch.) Gemäß dem gestrigen Beschluß des Büros der Abrüstungskonferenz haben heute die Besprechungen über die Vorbereitung der Resolution, mit der der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz abgeschlossen werden soll, begonnen. Bei der deutschen Delegation wird die Lage nach wie vor als sehr schwierig beurteilt. Zunächst ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Ergebnisse im künftigen Falle hinter den deutschen Forderungen nach einer allgemein wirksamen Rüstungsherabsetzung noch weit entfernt zurückbleiben. Die deutsche Delegation wird Delikte der vorläufig zu beschließenden Abrüstungsmaßnahmen, die man dem Hauptansicht der Konferenz in der nächsten Woche im Rahmen der Resolution vorlegen wird, daraufhin genau prüfen. Schon heute kann aber festgelegt werden, daß die endgültige Haltung der deutschen Delegation zu der Resolution selbstverständlich weitgehend davon abhängt, in welcher Form der deutschen Kardinalforderung nach Gleichberechtigung Rechnung getragen wird.

Englisch-amerikanische Meinungsverschiedenheiten in der Seeabrüstungsfrage.

Washington. In amtlichen Kreisen werden die angeblichen englischen Abrüstungsvorschläge, die auf Abschaffung aller U-Boote über 10000 Tonnen abzielen, abgelehnt. Im Staatsdepartement ist man über einen derartigen Vorschlag sehr erkrankt, der nur als eine unannehme Benachteiligung Amerikas angesehen werden könne. Er bedeutet, daß England einen doppelten Kreditvorzug vor Amerika habe. Präsident Hoover ist gegen jede Verringerung der Tonnagehöhe der amerikanischen Schlachtschiffe und gegen die Abschaffung der U-Boote.

genommen, so daß er sich zur Zeit außerhande sehe, den Inhalt des Erlasses bekanntzugeben. — Der Ansicht beschloß, dem Landtage vorzuschlagen, anstelle der beiden Anträge folgenden Grundgesetz für die Verwaltung der Staatsangelegenheiten nach Artikel 9 der Verfassung anzunehmen: Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände und der öffentlichen Körperschaften ist es erlaubt, jeder nicht verboten Partei anzugehören, sie zu unterstützen und sich für sie in jeder Weise zu betätigen.